

Pestizid-Alarm in Niederösterreich: Grüne fordern sofortige Maßnahmen!

Grüne fordern bundesweite Datenbank für Pestizide in NÖ
nach kritischem Rechnungshofbericht, während
Gesundheit und Umwelt gefährdet sind.



Niederösterreich, Österreich - In Niederösterreich wächst der Druck auf die Landesregierung, eine zentrale Datenbank für den Einsatz von Pestiziden einzuführen. Die Grünen in Niederösterreich, angeführt von der Klubobfrau Helga Krismer, haben die Initiative ergriffen und fordern umfassende Transparenz über die Anwendung der Stoffe. Laut einem neuen Rechnungshofbericht fehle es an einer zentralen Erfassung, was die Gefahren für Umwelt und Gesundheit erheblich erhöhen könnte. Krismer betont: „Es kann nicht sein, dass wir nicht wissen, wo und in welchem Ausmaß Pestizide in Hinblick auf Umwelt und Gesundheit eingesetzt werden. Das ist ein massives Versäumnis der Landesregierung!“ Diese Forderung ist in Anbetracht der jährlich über 13.000 Tonnen Pestizide, die in

Österreich aufgebracht werden, besonders alarmierend, wie auch der Pestizidatlas von Global 2000 zeigt.

Mangelnde Transparenz und steigende Risiken

Wiederholt hat auch der Rechnungshof in seinem Bericht auf die Notwendigkeit einer bundesweiten Anwendung-Datenbank für Pestizide hingewiesen. Die aktuellen gesetzlichen Regelungen scheinen nicht auszureichen, da allein zwischen 2014 und 2021 die Zahl der Notfallzulassungen von Pflanzenschutzmitteln drastisch anstieg. Kritische Stimmen warnen vor der unzureichenden Kontrolle des Pestizideinsatzes und dem möglichen Einsatz verbotener Substanzen. Gerüchte sprechen von Rückständen, die über Notfallzulassungen in den Umlauf gelangen. Der Rechnungshof führt aus, dass 2020 nur 0,6 Prozent der Betriebe in Österreich kontrolliert wurden, was ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Einhaltung von Vorschriften aufwirft.

Politische Akteure fordern nun, entsprechendes Handeln in Form einer transparenten Datenbank zu ermöglichen, um die missbräuchliche Anwendung von Pestiziden einzudämmen und die Öffentlichkeit vor potenziellen Gesundheitsrisiken zu schützen. Der Druck könnte sich bald weiter erhöhen, da ab 2026 eine EU-weite Pflicht zur digitalen Aufzeichnung von Pestizidverwendungen besteht, die 2028 zu umfassenderen Berichtspflichten führen wird. Dies stellt die Verantwortlichen in Niederösterreich vor die Herausforderung, rechtzeitig entsprechend zu handeln, auch um nicht ins Hintertreffen gegenüber anderen Bundesländern zu geraten, die bereits Fortschritte in dieser Angelegenheit gemacht haben, wie **heute.at** in einem Artikel berichtet.

Details	
Vorfall	Verschmutzung

Details	
Ursache	Pestizid-Einsatz
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	• m.noen.at • www.heute.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at